

KRIEGSVERBRECHEN

Knappe Frist

Ende kommenden Jahres läuft das Mandat des Kriegsverbrecher-Tribunals für Ruanda aus, das den Genozid an den Tutsi von 1994 aufarbeiten soll – 800 000 Menschen kamen damals bei den Massakern um. Den Uno-Aufklärern wird die Zeit nun knapp. Zwar wurden im tansanischen Arusha, dem Sitz des Tribunals, bereits 33 Fälle abgeschlossen. Doch 11 Verfahren mit insgesamt 27 Beschuldigten sind noch im Gang; 18 mutmaßliche Kriegsverbrecher befinden sich auf der Flucht. Um innerhalb der gesetzten Frist alle Verfahren abzuwickeln, will das Internationale Kriegsverbrecher-Tribunal etliche Fälle ruandischen Gerichten übertragen. Tribunal-Sprecher Roland Amoussouga: „Wir versuchen, insgesamt 17 Verfahren nach Ruanda zu delegieren, denn wir können die Arbeit nicht mehr bewältigen.“ Eine Überstellung scheint jedoch problematisch, da die Unabhängigkeit ruandischer Gerichte nicht garantiert ist: In dem zentralafrikanischen Zwergstaat ist seit 1994 das autoritäre Regime des Tutsi Paul Kagame an der Macht. Kagame selbst nahm als Guerillaführer maßgeblich am Bürgerkrieg in Ruanda teil – französische Ermittlungen legen sogar nahe, dass seine Rebellenbewegung das Flugzeug mit dem damaligen ruandischen Präsidenten Juvénal Habyarimana an Bord abschoss. Das Attentat gilt als Auslöser des Genozids.



Erdgasfeld von South Pars

IRAN

Geheime Geschäfte

Die Sanktionen, die der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gegen Teheran verhängt hat, treffen das Mullah-Regime nach Erkenntnissen westlicher Geheimdienste offenbar viel härter als erwartet. Sie führen zu einer neuen Verschleierungstaktik der iranischen Führung, die dem Katz-und-Maus-Spiel bei der Atomfrage kaum nachsteht. Seit die Uno-Resolutionen Nr. 1737 vom Dezember 2006 und Nr. 1747 vom März 2007 in Kraft getreten sind, ist Irans Außenhandel wesentlich eingeschränkt. Einige regierungsnahe Firmen sind von einem internationalen

Boykott bedroht, Mitarbeiter des Nuklearprogramms sowie „maßgebliche Mitglieder aus dem Korps der Revolutionsgarden“ sollen einer besonderen Kontrolle unterliegen. Dies alles führte zu massiver Kapitalflucht und zum Anstieg der Inflation. Da internationale Organisationen die Kreditwürdigkeit des Landes trotz der hohen Erdöl- und Erdgaseinnahmen schon 2006 zurückgestuft hatten, sah sich Teherans Führung nun gezwungen zu handeln: Sie versprach, dem Wunsch der internationalen Investoren nach mehr Flexibilität bei Ausschreibungen entgegenzukommen und

RUSSLAND

Waffenbrüder aus Südamerika

Mit einem Staatsempfang im Kreml Ende dieser Woche und massiven Waffenlieferungen will Russland den immer selbstherrlicher regierenden venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez stärken. Der Linkspopulist hatte jüngst die Kritik des russischen Präsidenten Wladimir Putin an den US-Plänen zur Raketenabwehr in Osteuropa unterstützt. Jetzt will Chávez, der sich als „Feind des Imperiums“ USA bezeichnet, fünf dieselgetriebene U-Boote in Moskau bestellen. Insgesamt hat sich das ölreiche Venezuela in den beiden vergangenen Jahren mit russischem Kriegsgut für 3,4 Milliarden US-Dollar

Freunde Chávez, Putin (2004 in Moskau)



MIKHAIL WETZEL / AP